

Jägers Stimme zählt!



WuH-Leser haben uns erzählt, was sie sich von der Politik wünschen. Wir haben daraufhin die Parteien befragt und waren erstaunt, wie unwissend einerseits und „pro Jagd“ andererseits die Antworten ausfielen. Bettina Diercks auf einer Reise durch die Parteienlandschaft.

Wieso sollte der Wolf nicht ins Jagdrecht? Wieso werden nicht Jäger zum Umgang mit wandernden Arten wie Wildgänse befragt, um mangelndes Wissen auf Ebene der Bundespolitik auszugleichen“, will WuH-Leser Jörg Kossack (53) aus Niedersachsen wissen. Die Naturexperten **Bündnis 90/Die Grünen** haben eine Antwort parat: „Wandernde Tierarten wie Zugvögel, deren Bestände nicht sicher überwacht werden können, sollen nicht mehr bejagt werden dürfen.“ Und alle jagdbaren Arten, die zur Zeit in Deutschland aufgrund internationaler Schutzvorschriften eine ganzjährige Schonzeit genießen, sollten aus der Liste der jagdbaren Arten gestrichen werden. Willkommen Luchs! Über

die Folgen einer solchen Entscheidung scheinen sich die Politiker keine Gedanken zu machen. Wie auch? Lediglich ein Bundestagsabgeordneter hat einen forstlichen Hintergrund, von den restlichen 612 besitzen nur wenige einen Jagdschein – und bekennen sich in der Regel öffentlich nicht dazu. Umkehrschluss: Fehlende Identifikation mit der Materie und fehlendes Rückgrat. Beides ist aber notwendig, um ein Land auch jagdlich gestalten zu wollen.

Grüne wollen Jäger über Naturschutz belehren

Vergeblich sucht man zum Beispiel bei Kandidat Dr. Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer **Die Linke**) nach seiner

Motivation, stellvertretend im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu sitzen. Hobby: Volleyball und Skat. Vielleicht reicht es, Fan der Eishockeymannschaft „Eisbären Berlin“ zu sein.

Wie inkompetent, weit weg von der Realität und den Wählern **Bündnis 90/Die Grünen** sind, spricht deren „wichtiges Anliegen“, „Jäger mit geeigneten Informations- und Bildungsmaßnahmen für den Schutz natürlicher Ressourcen und der biologischen Vielfalt“ zu „sensibilisieren“. Da hat die Partei völlig übersehen, dass Jäger die einzigen Naturschützer sind, die eine umfassende Ausbildung für ihr Handeln in freier Natur absolvieren und eine Prüfung able-

gen müssen. Etwas, was für eine Mitgliedschaft in weiteren Naturschutzvereinen oder -verbänden oder ungebundenem Wirken in Sachen irgendwelchen Artenschutzes nicht notwendig ist.

Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Naturschutz sind aber nur möglich, wenn Akteure gewonnen und einbezogen werden können, die einen Nutzen davon und ein Interesse daran haben. Nur wer eine nachhaltige Nutzung in Aussicht stellt, wird Menschen finden, die vorhandene Ressourcen zukunftsweisend bewirtschaften.

Richtig enttäuscht ist Jörg K. von der CSU, weil sie die unangekündigten Kontrollen der Waffenaufbewahrung in Wohnungen gefordert hat. „Und wie dann SPD, Grüne und Linke folgten“, sagt der Unternehmer. „Bei der Waffenrechtsverschärfung war doch erneut zu sehen, mit welcher Unkenntnis diskutiert und Personengruppen diffamiert wurden.“

Besonders realitätsfremd zeigte sich **Die Linke**, hier Innenexpertin Marion Seelig, die eine Waffenaufbewahrung beispielsweise bei „Jagdverbänden“ forderte. Auf Nachfrage gab sie unumwunden zu, dass sie keine Ahnung davon hat, wie es in Schützenvereinen und Jagdgemeinschaften aussieht.

Allerdings hielt sie die von den Grünen in Berlin geforderte anlassunabhängige und unangemeldete Kontrolle von Wohnungen der Waffenbesitzer für verfassungsmäßig bedenklich.

Weitere Verschärfung des Waffenrechts?

Dennoch zwickt es in Jägerkreisen. „Ich wünsche mir eine vorurteilsfreie Diskussion über Schusswaffen in Privatbesitz. Jäger werden zu Unrecht mit dem Schießsport in einen Topf geworfen“, kritisiert Unternehmensberater Horst Wittmann (43) aus Bayern. „Nach der

Föderalismusreform und dem Fall Winnenden sowie daraus resultierender Bekennnisse unserer CSU-, CDU- und SPD-Politiker, die die Jägerschaft unter Generalverdacht gestellt haben. Aktuelle Diskussionen, zum Beispiel um das Jagdgesetz der SPD-Umweltministerin Margit Conrad in Rheinland Pfalz sowie die Position des bayerischen CSU-Innenministeriums beim Waffenrecht, haben mir vor Augen geführt, dass die Politik nicht hinter der Jägerschaft steht.“

Rein auf das Waffengesetz bezogen mag das stimmen, auch wenn sich der Großteil der Parteien windet und jetzt einräumt, dass für Jagdausübungsberechtigte eben andere Regeln gelten müssen. Die **SPD** erkennt: „Im Interesse einer waidgerechten Jagd, insbesondere zur Verhinderung von vermeidbaren Schmerzen oder Leiden des Wildes, müssen Jagdausübungsberechtigte unmittelbaren Zugriff auf ihre Waffen haben.“ →



FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG/LICHTBLICK/ACHIM MELDE

Wer zieht in den Bundestag ein? Eine spannende Frage nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland sowie herben Verlusten bei der CDU.

Die 10 WuH-Wahlprüfsteine			
	CDU	SPD	
Unterstützen Sie Jagd und Jäger?	Wir stehen ohne Wenn und Aber zur waid- und tiergerecht ausgeübten Jagd.	Sie muss abgestimmt sein mit anderen Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes.	
Sollen wandernde Arten bejagt werden (zum Beispiel Gänse)?	Die Bejagung sollte vor allem auf landwirtschaftliche Schadgebiete konzentriert werden.	Die Bejagung wandernder Arten fällt in den Regelungsbereich der Länder und ist dort zu beantworten.	
Sollte die Liste jagdbarer Arten verändert werden?	Wir sind gegen eine Kürzung der Liste der jagdbaren Tierarten.	– keine Antwort –	
Sollen die Jagdgesetze novelliert werden?	Wir setzen uns uneingeschränkt für den Erhalt des bewährten Jagdsystems ein.	Die Bundesländer können vom Bundesrecht in allen jagdrechtlichen Belangen abweichen (Ausnahme Jagdscheine).	
Sollen Jagd- und Naturschutzrecht unabhängig bleiben?	Wir wollen die Jagd dauerhaft als eigenständigen Rechtskreis ohne Kompetenzverluste erhalten.	– keine Antwort –	
Sind sie mit dem jetzigen Waffenrecht einverstanden?	Wir werden dafür eintreten, die Akzeptanz für privaten Waffenbesitz dauerhaft zu erhalten. Eine weitere Verschärfung halten wir nicht für erforderlich.	Politik kann und muss Gefahrenquellen eindämmen, dies war das Ziel der von uns mitgetragenen Änderungen des Waffengesetzes.	
Sollte bleifreie Munition gesetzlich vorgeschrieben werden?	Der Verwendung von bleifreier Büchsenmunition stehen wir grundsätzlich offen gegenüber.	Die Notwendigkeit einer bundesgesetzlichen Regelung sehen wir derzeit nicht.	
Sind Sie für jährliches Pflichtschießen?	Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein der Jäger.	– keine Antwort –	
Wie stehen Sie zur Jagd in Naturschutzgebieten?	Ein grundsätzliches Verbot der Jagd in geschützten Landschaftsbestandteilen und Naturschutzgebieten ist nicht sinnvoll.	Die Jagd in Naturschutzgebieten fällt in den Regelungsbereich der Länder und ist dort zu beantworten.	
Soll die Jagd an Grundeigentum geknüpft bleiben?	Dabei wird es mit der CDU bleiben.	– keine Antwort –	

DJV wirbt für Union




Die CDU freut sich derweil weiter über die, aus ihrer Sicht, gelungene Waffenrechtsverschärfung. Sogar der Deutsche Jagdschutzverband (DJV) verschickte eine CDU-Wahlhilfe in Form einer Pressemitteilung, in der Innenexperte Reinhard Grindel in einem Interview mit der DJV-Pressestelle erklären durfte, dass die Novelle des Waffengesetzes gar nicht so schlimm wäre und die Ausführungen der Behörden erst noch abgewartet werden müssten.

Finanzberater Reimund Meister (48) aus Nordrhein-Westfalen wünscht sich solche Einsicht auch von anderen Parteien: „Vieles wäre schon gewonnen, wenn die Politiker uns nicht mit Argwohn und Misstrauen begegnen, sondern parteiübergreifend das Engagement der Jäger für Umwelt und Natur öffentlich anerkennen würden.“ Dennoch ist beruhigend, dass die befragten Parteien im Großen und Ganzen den Nutzwert der Jäger für „Tierpopulationen und Naturhaushalt – insbesondere Wald“ (Die

Grünen) anerkennen. Ähnlich formuliert die CDU und ergänzt: „Damit ist sie (Anm. d. Red.: die Jagd) gelebter Naturschutz“.

Die FDP will forschen und objektive Kriterien herausfinden

Für Die Linke ist die Jagd „eine legitime Form der Naturnutzung und eine gesellschaftlich notwendige und erwünschte Tätigkeit“, für die SPD ein „Beitrag, die Artenvielfalt in Wäldern und anderen Ökosystemen zu erhalten“. Und die FDP

		
Wir lehnen eine grundsätzliche Novelle des Bundesjagdgesetzes entschieden ab.	Wir treten dafür ein, dass das bestehende Bundesjagdgesetz novelliert wird.	Wir unterstützen eine regional verwurzelte, möglichst störungsarme, effektive, wildtiergerechte und tierschutzkonforme Jagd und die dazu notwendigen Gesetzesänderungen.
Die Bestandsentwicklung einzelner Flugwildarten bestätigt, dass in Deutschland eine nachhaltige Jagd erfolgt ist und auch in Zukunft möglich sein sollte.	Alle jagdbaren Arten, die bei uns ganzjährige Schonzeit genießen, sollten aus der Liste jagdbarer Arten gestrichen werden.	Wir sprechen uns generell gegen die Bejagung geschützter Arten aus, in begründeten Einzelfällen müssen Lösungen gefunden werden.
Wir sehen keine Notwendigkeit für Veränderungen in der Liste der jagdbaren Arten.	Grundsätzlich sollten nur Tiere gejagt werden, wenn die Verwertung gewährleistet ist.	Die Liste der bejagbaren Arten ist überholt. Wisent, Luchs und Seehund gehören gestrichen.
Wir sehen keine Notwendigkeit. Es gilt im internationalen Vergleich als vorbildlich.	Wir treten für eine Modernisierung des seit 1976 unverändert bestehenden Bundesjagdgesetzes ein.	Wir sprechen uns für ein bundeseinheitliches Jagdrecht aus, daher ist das Bundesjagdgesetz zu novellieren.
Jagdrecht und Naturschutzrecht müssen eigenständige und getrennte Rechtskreise bilden.	Ja.	Wir unterstützen weiterhin die Unabhängigkeit beider Rechtsbereiche.
Wir lehnen einen Generalverdacht gegen Jäger, Schützen und Sammler historischer Waffen ab. Unser Ziel ist, vor allem den illegalen Waffenbesitz einzuschränken.	Mit dem Waffenrecht sind wir nicht einverstanden. Eine grundlegende Novellierung ist erforderlich. (Anm. d. Red.: weitere Verschärfung)	Wir fordern ein generelles Verbot für die Aufbewahrung von Schusswaffen in Privathaushalten – mit Ausnahme für Jagdausübungsberechtigte.
Wir sehen keine Notwendigkeit, bleifreie Munition gesetzlich vorzuschreiben.	Wir Grüne setzen uns für ein EU-weites Verbot der Verwendung bleihaltiger Munition bei der Jagd ein.	Wir sprechen uns für eine mittelfristige Umstellung auf bleifreie Bejagung aus.
Ein jährliches Pflichtschießen für Jäger ist nicht erforderlich.	Ein Pflichtschießen für Jäger fordern wir gegenwärtig nicht.	Ein jährliches Pflichtschießen für alle Jäger halten wir nicht für nötig.
Eine Beschränkung der Jagd bei Zuwiderlaufen des Schutzzweckes in geschützten Landschaftsbestandteilen ist einem Verbot vorzuziehen.	In Nationalparks, Naturschutzgebieten und Kernzonen von Biosphärenreservaten sollte die Jagdausübung grundsätzlich untersagt sein.	In Naturschutzgebieten (NSG) sollte dem Schutzziel entsprechend gejagt werden können. Ein Verbot der Jagd muss wissenschaftlich begründet werden.
Ja.	Wir treten dafür ein.	Wir setzen uns dabei besonders für die Rechte der Kleineigentümer ein.

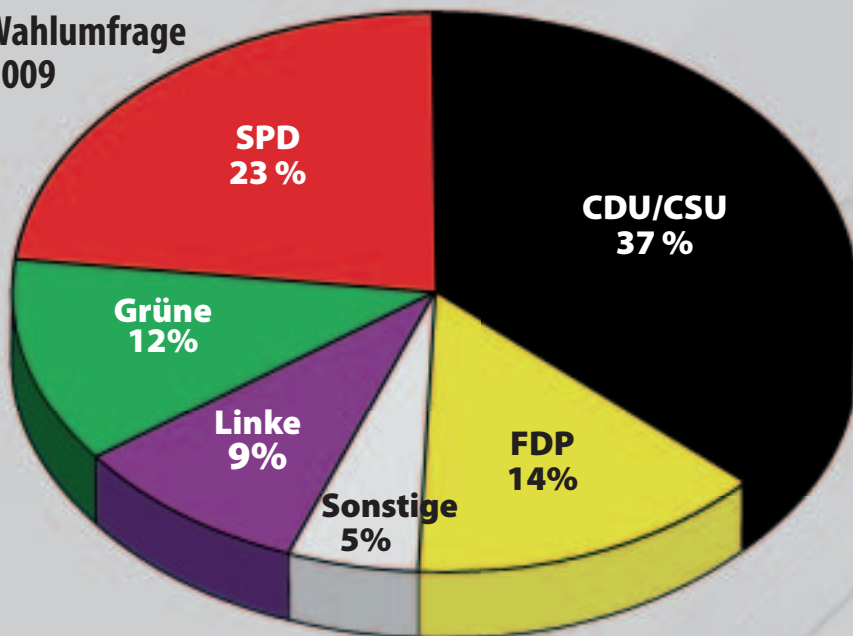
„schätzt die erfolgreiche Arbeit der Jäger zur pfleglichen und nachhaltigen Nutzung des Wildes“ und sagt über die Jagd in Deutschland: „Sie ist im Interesse der Allgemeinheit und damit zukunftsweisend. Dies hat dazu geführt, dass Deutschland die artenreichsten Wildtierbestände in Europa aufweist.“ Während die **FPD** objektive Kriterien für die Bejagung von Wildgänsen ermitteln will, erkennt die **SPD**, dass detaillierte gesetzliche Regelungen, ob und wann welche Tiere gejagt oder geschont werden müssen, „sich am

besten von denen beantworten lassen, die in den Regionen für den Erhalt von Arten verantwortlich sind“. **Die Liberalen** setzen noch eins drauf: „Die Bestandsentwicklung der einzelnen Flugwildarten bestätigt, dass eine nachhaltige Jagd erfolgt ist.“ Und es im Einklang mit der EU-Vogelrichtlinie funktioniert. Während die **FDP** weiter forschen will, befürchtet **Bündnis 90/Die Grünen** eine Ausrottung wandernder Arten durch die gesetzestreuen Bürger im grünen Loden – besonders bei Zugvögeln. Politiker, die

das Denken, scheinen sich nicht zu vergegenwärtigen, dass Zugvögel nicht Dauergast im Lande und zudem nicht einfach zu bejagen sind. Wie sollen ein paar Jäger aber, die nur in bestimmten Regionen gelegentlich auf ziehendes Federwild jagen, zu dessen Ausrottung führen, wenn selbst bundesweit vorhandenen Arten, wie den Neozoen Marderhund und Waschbär, durch intensive Jagd nicht beizukommen ist?

„Dem Jagdrecht sollten nur solche Tiere unterliegen, die weder auf europä-

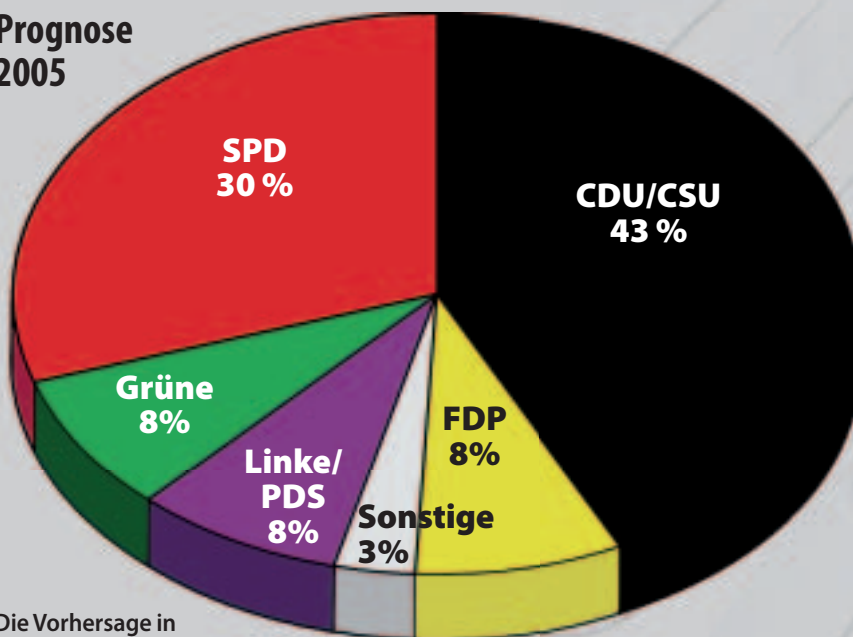
Wahlumfrage
2009



QUELLE: FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN

So wurde das Ergebnis der diesjährigen Bundestagswahl in der 35. Kalenderwoche eingeschätzt.

Prognose
2005



Die Vorhersage in der 35. Kalenderwoche 2005.

Die Ergebnisse wichen zum Teil erheblich von der Prognose ab, SPD und CDU beendeten zum Beispiel jeweils mit etwa 35 Prozent den Bundestagswahlkampf.

ischer Ebene einen hohen Bestandschutz genießen noch in Deutschland gemäß Roter Liste als ausgestorben oder vom Aussterben bedroht gelten“ (**Bündnis 90/Die Grünen**). Da lässt sich doch sicher was machen. Zum Beispiel könnte der Wolf aufgenommen werden, der ja im Bestand zunimmt und nicht überall in Europa geschützt ist. Nutztierhaltern bereitet er zudem vermehrt Sorgen. Sie

bekommen allerdings ihre gerissenen Schafe und Ziegen vom Staat ersetzt, während es besonders bei Schwarz-, aber auch Dam- und Rotwildschäden oft Zank um die Wildschadensbegleichung zwischen Jagdpächtern und Landwirten gibt. Schnell werden dann höhere Abschusszahlen gefordert. Weniger zügig sind oft Landwirte bereit, ohne finanziellen Ausgleich Jagd an oder in großen



Schlägen zu ermöglichen oder Abstände zu Wäldern einzuhalten. Und noch weniger ist die Politik bereit, politisch einzugreifen und Vorschriften zu erlassen, die Jäger bei Wildschäden und deren Verhütung unterstützen.

300 000 Jägerstimmen: eine Macht

Reimund Meister stinkt es, dass Jäger von der Politik zu Schädlingsbekämpfern degradiert werden. **Die Grünen** bestätigen: „Die Jagd (!) muss dafür sorgen, dass die ganze Bandbreite der standortheimischen Vegetation ohne aufwändige Schutzmaßnahmen aufwachsen kann.“ Die Argumentation erinnert an den Ökologischen Jagdverband und an „Wald vor Wild“.

Während **Die Grünen** über ein passendes Seminarangebot nachdenken, feilen **Die Linken** „an einer Zusammenlegung der verschiedenen Umweltsetze im Rahmen eines Umweltgesetzbuches“.

Einige Ausführungen der Parteien sollte uns Jäger aufwerfen lassen: Begrenzung der jagdbaren Arten, die For-



Politbarometer Wildgänse:
an ihnen scheiden sich wie kaum an anderen
Wildarten die Geister – politisch wie jagdlich.

derung nach einem noch schärferen Waffenrecht, Wald vor Wild und eine zunehmende Reglementierung der Jagd gehören dazu (siehe Übersicht S. 34 und 35).

Horst Wittmann: „Dass wir Jäger eine Lobby von über 300 000 Wahlbe-

rechtigten in Deutschland darstellen, wurde von der Politik nicht begriffen. Wir sollten diese Macht nutzen. Aber so lange sich die Jäger untereinander nicht einig sind, wird sich nicht viel ändern. Damit spielen wir der Politik in die Hände.“



Unser Wahlprüfsteine

Unter www.wildundhund.de finden Sie alle von der WuH gestellten Wahlprüfsteine und die ausführlichen Antworten der fünf großen Parteien dazu.

Wählen gehen oder lieber nicht?

Wir wollten von unseren drei WuH-Lesern, die den Grundstock für unseren Politik-Artikel lieferten wissen, ob sie wählen gehen:

Reimund Meister (48), Mettingen (Nordrhein-Westfalen): „Ich gehe schon deshalb zur Bundestagswahl, weil für mich das Wahlrecht auch eine Wahlpflicht beinhaltet. Ob ich mit meiner Stimme auch die Jagdpolitik beeinflussen kann, weiß ich nicht. Aber, wer nicht zur Wahlurne geht, hat jedes Recht verloren, später zu meckern.“



Ob ich mit meiner Stimme auch die Jagdpolitik beeinflussen kann, weiß ich nicht. Aber, wer nicht zur Wahlurne geht, hat jedes Recht verloren, später zu meckern.“

Horst Wittmann (43), Unternehmensberater, Rosenheim (Bayern): „Meiner Bürgerpflicht zur Wahl werde ich kritisch nachkommen und die politischen Ergebnisse danach aufmerksamer bewerten als bisher.“



Jörg Kossack (53), Industriekaufmann, Ilsede (Niedersachsen): „Ich werde auf jeden Fall wählen gehen, um die Demokratie zu erhalten – obwohl ich sicher bin, dass die Wähler keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu Kriegseinsätzen, Rente und Wirtschaft haben.“



Ich werde auf jeden Fall wählen gehen, um die Demokratie zu erhalten – obwohl ich sicher bin, dass die Wähler keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu Kriegseinsätzen, Rente und Wirtschaft haben.“